

Allgemeine Einkaufs- und Lieferbedingungen

+++ English version below, page 9 +++

§ 1 Geltungsbereich

1. Diese Bedingungen gelten ausschließlich gegenüber Unternehmern, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen im Sinne von § 310 Absatz 1 BGB. Entgegenstehende oder von unseren Einkaufs- und Lieferbedingungen abweichende Bedingungen des Bestellers erkennen wir nur an, wenn wir ausdrücklich schriftlich der Geltung zustimmen.
2. Diese Einkaufs- und Lieferbedingungen gelten auch für alle zukünftigen Geschäfte mit dem Besteller/Verkäufer, soweit es sich um Rechtsgeschäfte verwandter Art handelt.
3. Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Käufer/Verkäufer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen Einkaufs- und Lieferbedingungen. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.

§ 2 Angebot und Vertragsabschluss

1. Unsere jeweiligen Angebote sind stets freibleibend.
2. Ein Vertrag kommt grundsätzlich erst durch unsere schriftliche Auftragsbestätigung zustande. Für die Inhalte des Vertrages ist die Auftragsbestätigung, oder - soweit eine solche nicht vorliegt – das Angebot maßgebend.
3. Sämtliche etwaigen Nebenarbeiten zu der jeweiligen Bestellung sind im Angebot bzw. im Auftrag nicht enthalten, sofern sie nicht in Positionen gesondert mit Menge und Preis aufgeführt sind. Falls sie dennoch ausgeführt werden sollen, sind sie gesondert zu vergüten.
4. Ausführungsfristen sind rechtzeitig zu vereinbaren. Für die Lieferung bzw. den Arbeitsbeginn ist Voraussetzung, dass die Lieferung oder Leistung ungestört erfolgen kann. Die Ausführungsfrist zur Lieferung beginnt erst mit der endgültigen Festlegung aller kaufmännischen und technischen Voraussetzungen für die Ausführung des Auftrags und nicht vor der Beibringung der etwa vom Auftraggeber zu beschaffenden Genehmigungen.
5. Sofern eine Bestellung als Angebot gemäß § 145 BGB anzusehen ist, können wir diese innerhalb von zwei Wochen nach ihrem Zugang annehmen.

§ 3 Überlassene Unterlagen

An allen in Zusammenhang mit der Auftragserteilung dem Besteller überlassenen Unterlagen – auch in elektronischer Form –, wie z. B. Kalkulationen, Zeichnungen etc., behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Diese Unterlagen dürfen Dritten nicht zugänglich gemacht werden, es sei denn, wir erteilen dazu dem Besteller/Verkäufer unsere ausdrückliche schriftliche Zustimmung. Soweit wir das Angebot des Bestellers nicht innerhalb der Frist von § 2 annehmen, sind diese Unterlagen uns unverzüglich zurückzusenden.

§ 4 Preise und Zahlung

1. Sofern nichts Gegenteiliges schriftlich vereinbart wird, gelten unsere Preise ab Werk (EXW gemäß Incoterms® 2020) ausschließlich Verpackung und zuzüglich Mehrwertsteuer in jeweils gültiger Höhe. Kosten der Lieferung und Verpackung werden gesondert in Rechnung gestellt.
2. Die Zahlung des Kaufpreises hat ausschließlich auf das umseitig genannte Konto zu erfolgen. Der Abzug von Skonto ist nur bei schriftlicher besonderer Vereinbarung zulässig.
3. Sofern nichts anderes vereinbart wird, ist der Kaufpreis innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsstellung zu zahlen. Verzugszinsen werden in Höhe von 9 Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz p.a. berechnet. Die Geltendmachung eines höheren Verzugschadens bleibt vorbehalten.
4. Sofern keine Festpreisabrede getroffen wurde, bleiben angemessene Preisänderungen wegen veränderter Lohn-, Material- und Vertriebskosten für Lieferungen, die 3 Monate oder später nach Vertragsabschluss erfolgen, vorbehalten.

§ 5 Zurückbehaltungsrechte

Zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts ist der Besteller nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

§ 6 Lieferzeit

1. Der Beginn der von uns angegebenen Lieferzeit setzt die rechtzeitige und ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtungen des Bestellers voraus. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages bleibt vorbehalten.
2. Soweit uns die Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen nicht in der von uns angegebenen Lieferzeit möglich ist, weil Dritte (Zulieferer) ihre vertraglichen Pflichten verletzen, wird unsere Haftung aus Verzug ausgeschlossen.
3. Kommt der Besteller in Annahmeverzug oder verletzt er schuldhaft sonstige Mitwirkungspflichten, so sind wir berechtigt, den uns insoweit entstehenden Schaden, einschließlich etwaiger Mehraufwendungen ersetzt zu verlangen. Weitergehende Ansprüche bleiben vorbehalten. Sofern vorstehende Voraussetzungen vorliegen, geht die Gefahr eines zufälligen Untergangs oder einer zufälligen Verschlechterung der Kaufsache in dem Zeitpunkt auf den Besteller über, in dem dieser in Annahme- oder Schuldnerverzug geraten ist.

4. Weitere gesetzliche Ansprüche und Rechte des Bestellers wegen eines Lieferverzuges bleiben unberührt.

§ 7 Gefahrübergang bei Versendung

Wird die Ware auf Wunsch des Bestellers an diesen versandt, so geht mit der Absendung an den Besteller, spätestens mit Verlassen des Werks/Lagers die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung der Ware auf den Besteller über. Dies gilt unabhängig davon, ob die Versendung der Ware vom Erfüllungsort erfolgt oder wer die Frachtkosten trägt.

§ 8 Eigentumsvorbehalt

1. Wir behalten uns das Eigentum an der gelieferten Sache bis zur vollständigen Zahlung sämtlicher Forderungen aus dem Liefervertrag vor. Dies gilt auch für alle zukünftigen Lieferungen, auch wenn wir uns nicht stets ausdrücklich hierauf berufen. Wir sind berechtigt, die Kaufsache zurückzunehmen, wenn der Besteller sich vertragswidrig verhält.
2. Der Besteller ist verpflichtet, solange das Eigentum noch nicht auf ihn übergegangen ist, die Kaufsache pfleglich zu behandeln. Insbesondere ist er verpflichtet, diese auf eigene Kosten gegen Diebstahl-, Feuer- und Wasserschäden ausreichend zum Neuwert zu versichern. Müssen Wartungs- und Inspektionsarbeiten durchgeführt werden, hat der Besteller diese auf eigene Kosten rechtzeitig auszuführen. Solange das Eigentum noch nicht übergegangen ist, hat uns der Besteller unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn der gelieferte Gegenstand gepfändet oder sonstigen Eingriffen Dritter ausgesetzt ist. Soweit der Dritte nicht in der Lage ist, uns die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten einer Klage gemäß § 771 ZPO zu erstatten, haftet der Besteller für den uns entstandenen Ausfall.
3. Die Be- und Verarbeitung oder Umbildung der Kaufsache durch den Besteller erfolgt stets Namens und im Auftrag für uns. In diesem Fall setzt sich das Anwartschaftsrecht des Bestellers an der Kaufsache an der umgebildeten Sache fort. Sofern die Kaufsache mit anderen, uns nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet wird, erwerben wir das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des objektiven Wertes unserer Kaufsache zu den anderen bearbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung. Dasselbe gilt für den Fall der Vermischung. Sofern die Vermischung in der Weise erfolgt, dass die Sache des Bestellers als Hauptsache anzusehen ist, gilt als vereinbart, dass der Besteller uns anteilmäßig Miteigentum überträgt und das so entstandene Alleineigentum oder Miteigentum für uns verwahrt. Zur Sicherung unserer Forderungen gegen den Besteller tritt der Besteller auch solche Forderungen an uns ab, die ihm durch die Verbindung der Vorbehaltsware mit einem Grundstück gegen einen Dritten erwachsen; wir nehmen diese Abtretung schon jetzt an.
4. Wir verpflichten uns, die uns zustehenden Sicherheiten auf Verlangen des Bestellers freizugeben, soweit ihr Wert die zu sichernden Forderungen um mehr als 20 % übersteigt.

§ 9 Gewährleistung und Mängelrüge

1. Gewährleistungsrechte des Bestellers setzen voraus, dass dieser seinen nach § 377 HGB geschuldeten Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten ordnungsgemäß und fristgerecht nachgekommen ist.
2. Mängelansprüche verjähren in 12 Monaten nach erfolgter Ablieferung der von uns gelieferten Ware bei unserem Besteller. Für Schadensersatzansprüche bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit sowie bei Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung des Verwenders beruhen, gilt die gesetzliche Verjährungsfrist. Soweit das Gesetz gemäß § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB (Bauwerke und Sachen für Bauwerke), § 445 b BGB (Rückgriffsanspruch) und § 634a Absatz 1 BGB (Baumängel) längere Fristen zwingend vorschreibt, gelten diese Fristen. Vor etwaiger Rücksendung der Ware ist unsere Zustimmung einzuholen.
3. Sollte trotz aller aufgewendeter Sorgfalt die gelieferte Ware einen Mangel aufweisen, der bereits zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag, so werden wir die Ware, vorbehaltlich fristgerechter Mängelrüge nach unserer Wahl nachbessern oder Ersatzware liefern. Es ist uns stets Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu geben. Rückgriffsansprüche bleiben von vorstehender Regelung ohne Einschränkung unberührt.
4. Schlägt die Nacherfüllung fehl, kann der Besteller – unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche – vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern.
5. Mängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit, bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit, bei natürlicher Abnutzung oder Verschleiß wie bei Schäden, die nach dem Gefahrübergang infolge fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, ungeeigneter Betriebsmittel, mangelhafter Bauarbeiten, ungeeigneten Baugrundes oder aufgrund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind. Werden vom Besteller oder Dritten unsachgemäß Instandsetzungsarbeiten oder Änderungen vorgenommen, so bestehen für diese und die daraus entstehenden Folgen ebenfalls keine Mängelansprüche.
6. Ansprüche des Bestellers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil die von uns gelieferte Ware nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Bestellers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbringung entspricht ihrem bestimmungsgemäßen Gebrauch.

§ 10 Lieferantenregress

1. Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 445a, 445b, 478 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Verkäufer zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.

2. Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mangelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 445a Abs. 1, 439 Abs. 2 und 3 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Verkäufer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt eine substantiierte Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von uns tatsächlich gewährte Mangelanspruch als unserem Abnehmer geschuldet. Dem Verkäufer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.
3. Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die mangelhafte Ware durch uns oder einen anderen Unternehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

§ 11 Produzentenhaftung

1. Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.
2. Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

§ 12 Mangelhafte Lieferung

1. Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
2. Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Verkäufer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese Bedingungen in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Verkäufer oder vom Hersteller stammt.
3. Abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
4. Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der

Lieferpapiere offen zu Tage treten (zB Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 7 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.

5. Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Verkäufer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.
6. Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs. 5 gilt: Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (zB wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.
7. Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

§ 13 Sonstige Schadenersatzansprüche

1. Schadensersatzansprüche des Bestellers, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung, sind ausgeschlossen. Dies gilt nicht, soweit sich eine gesetzliche Haftung, z.B. nach dem Produkthaftungsgesetz ergibt sowie in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit, für Körperschäden, wegen der Übernahme einer Garantie für das Vorhandensein einer zugesicherten Eigenschaft oder der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.
2. Der Schadenersatz für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, so weit nicht

Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt oder für Körperschäden oder wegen der Übernahme einer Garantie für das Vorhandensein einer zugesicherten Eigenschaft gehaftet wird.

§ 14 Verjährung

1. Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
2. Die Verjährungsfrist richtet sich nach der gesetzlichen Regelung. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.
3. Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§ 15 Erfüllungsort und Gerichtsstand

Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden beiderseitigen Verpflichtungen ist der Sitz der „ShapeFab GmbH“.

§ 16 Rechtswahl

Dieser Vertrag unterliegt ausschließlich deutschem Recht.

§ 17 Sonstige Bestimmungen

Durch etwaige Unwirksamkeit einer oder mehrerer Bestimmungen wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Jede von diesen Geschäftsbedingungen abweichende Vereinbarung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

General Terms and Conditions of Purchase and Delivery

§ 1 Scope of application

1. These terms and conditions apply exclusively to entrepreneurs, legal entities under public law or special funds under public law within the meaning of Section 310 (1) of the German Civil Code (BGB). We shall only recognise any terms and conditions of the customer that conflict with or deviate from our Terms and Conditions of Purchase and Delivery if we expressly agree to their validity in writing.
2. These terms and conditions of purchase and delivery shall also apply to all future transactions with the purchaser/seller, insofar as they are legal transactions of a related nature.
3. Individual agreements made with the buyer/seller in individual cases (including collateral agreements, supplements and amendments) shall in any case take precedence over these Terms and Conditions of Purchase and Delivery. Subject to proof to the contrary, a written contract or our written confirmation shall be authoritative for the content of such agreements.

§ 2 Offer and conclusion of contract

1. Our respective offers are always subject to change.
2. A contract is only concluded by our written order confirmation. The contents of the contract shall be governed by the order confirmation or - in the absence thereof - by the offer.
3. Any ancillary work for the respective order is not included in the offer or order unless it is listed separately in items with quantity and price. If they are nevertheless to be carried out, they shall be remunerated separately.
4. Execution deadlines must be agreed in good time. The prerequisite for delivery or the start of work is that the delivery or service can be carried out without interruption. The execution period for delivery shall not commence until all commercial and technical requirements for the execution of the order have been finally determined and not before any authorisations to be procured by the client have been obtained.
5. If an order is to be regarded as an offer in accordance with § 145 BGB, we can accept it within two weeks of its receipt.

§ 3 Documents provided

We reserve ownership rights and copyrights to all documents provided to the customer in connection with the order placement - including in electronic form - such as calculations, drawings, etc. These documents may not be made accessible to third parties. These documents may not be made accessible to third parties unless we give our express written consent to the customer/seller to do so. If we do not

accept the Buyer's offer within the period specified in § 2, these documents must be returned to us immediately.

§ 4 Prices and payment

1. Unless otherwise agreed in writing, our prices are ex works (EXW according to Incoterms® 2020) excluding packaging and plus VAT at the applicable rate. Delivery and packaging costs shall be invoiced separately.
2. Payment of the purchase price must be made exclusively to the account specified overleaf. The deduction of a discount is only permitted if a special written agreement has been made.
3. Unless otherwise agreed, the purchase price must be paid within 14 days of the invoice date. Interest on arrears shall be charged at a rate of 9 percentage points above the respective base interest rate per annum. We reserve the right to assert higher damages caused by default.
4. Unless a fixed price agreement has been made, we reserve the right to make reasonable price changes due to changes in labour, material and distribution costs for deliveries made 3 months or more after conclusion of the contract.

§ 5 Rights of retention

The customer is only authorised to exercise a right of retention insofar as his counterclaim is based on the same contractual relationship.

§ 6 Delivery time

1. The commencement of the delivery period stated by us is subject to the timely and proper fulfilment of the customer's obligations. The defence of non-performance of the contract remains reserved.
2. To the extent that we are unable to fulfil our contractual obligations within the delivery time specified by us because third parties (suppliers) are in breach of their contractual obligations, our liability for default shall be excluded.
3. If the customer is in default of acceptance or culpably violates other obligations to co-operate, we shall be entitled to demand compensation for the damage incurred by us in this respect, including any additional expenses. We reserve the right to assert further claims. If the above conditions are met, the risk of accidental loss or accidental deterioration of the purchased item shall pass to the customer at the point in time at which the customer is in default of acceptance or debtor's delay.
4. Further legal claims and rights of the purchaser due to a delay in delivery remain unaffected.

§ 7 Transfer of risk on dispatch

If the goods are dispatched to the customer at the customer's request, the risk of accidental loss or accidental deterioration of the goods shall pass to the customer when the goods are dispatched to the customer, at the latest when they leave the factory/warehouse. This shall apply irrespective of whether the goods are dispatched from the place of fulfilment or who bears the freight costs.

§ 8 Retention of title

1. We reserve title to the delivered goods until full payment of all claims arising from the delivery contract. This shall also apply to all future deliveries, even if we do not always expressly refer to this. We are entitled to take back the object of purchase if the customer is in breach of contract.
2. The customer is obliged to treat the purchased item with care as long as ownership has not yet been transferred to him. In particular, he is obliged to insure it adequately at his own expense against theft, fire and water damage at replacement value. If maintenance and inspection work has to be carried out, the customer must carry this out in good time at his own expense. As long as ownership has not yet been transferred, the customer must inform us immediately in writing if the delivered item is seized or exposed to other interventions by third parties. If the third party is not in a position to reimburse us for the judicial and extrajudicial costs of an action pursuant to § 771 ZPO (German Code of Civil Procedure), the customer shall be liable for the loss incurred by us.
3. The treatment and processing or remodelling of the purchased item by the customer shall always be carried out in our name and on our behalf. In this case, the expectant right of the customer to the object of sale shall continue in the remodelled object. If the purchased item is processed with other items not belonging to us, we shall acquire co-ownership of the new item in the ratio of the objective value of our purchased item to the other processed items at the time of processing. The same shall apply in the event of mixing. If the mixing is carried out in such a way that the customer's item is to be regarded as the main item, it is agreed that the customer shall transfer co-ownership to us on a pro rata basis and shall keep the sole ownership or co-ownership thus created in safe custody for us. In order to secure our claims against the customer, the customer shall also assign to us such claims which accrue to him against a third party through the combination of the reserved goods with a property; we hereby accept this assignment.
4. We undertake to release the securities to which we are entitled at the request of the customer insofar as their value exceeds the claims to be secured by more than 20%.

§ 9 Warranty and notification of defects

1. Warranty rights of the customer presuppose that he has duly and timely fulfilled his obligations to inspect and give notice of defects in accordance with § 377 HGB.
2. Claims for defects shall become time-barred 12 months after delivery of the goods supplied by us to our customer. The statutory limitation period shall apply to claims for damages in cases of intent and gross negligence as well as in cases of injury to life, body and health which are based on an intentional or negligent breach of duty by the user. Insofar as the law prescribes longer periods in accordance with § 438 Para. 1 No. 2 BGB (buildings and items for buildings), § 445 b BGB (right of recourse) and § 634a Para. 1 BGB (building defects), these periods shall apply. Our consent must be obtained prior to any return of the goods.
3. If, despite all due care, the delivered goods have a defect that already existed at the time of the transfer of risk, we shall, at our discretion, either repair the goods or deliver replacement goods, subject to timely notification of defects. We must always be given the opportunity for subsequent fulfilment within a reasonable period of time. Recourse claims shall remain unaffected by the above provision without restriction.
4. If the subsequent fulfilment fails, the customer may - without prejudice to any claims for damages - withdraw from the contract or reduce the remuneration.
5. Claims for defects shall not exist in the event of only insignificant deviation from the agreed quality, only insignificant impairment of usability, natural wear and tear or damage arising after the transfer of risk as a result of incorrect or negligent handling, excessive strain, unsuitable operating materials, defective construction work, unsuitable building ground or due to special external influences which are not assumed under the contract. If improper repair work or modifications are carried out by the customer or third parties, no claims for defects shall exist for these and the resulting consequences.
6. Claims of the customer for expenses incurred for the purpose of subsequent performance, in particular transport, travel, labour and material costs, are excluded insofar as the expenses increase because the goods delivered by us have subsequently been taken to a place other than the customer's branch office, unless the transfer corresponds to their intended use.

§ 10 Supplier recourse

1. We shall be entitled to our statutory rights of recourse within a supply chain (supplier recourse pursuant to §§ 445a, 445b, 478 BGB) without restriction in addition to the claims for defects. In particular, we are entitled to demand exactly the type of subsequent fulfilment (rectification or replacement delivery) from the seller that we owe our customer in the individual case. Our statutory right to choose (§ 439 para. 1 BGB) is not restricted by this.
2. Before we acknowledge or fulfil a claim for defects asserted by our customer (including reimbursement of expenses pursuant to §§ 445a para. 1, 439 paragraph 2 and 3 BGB), we shall notify the seller and request a written statement, briefly explaining the facts of the case. If a substantiated statement is not made within a reasonable period of time and no amicable

solution is reached, the claim for defects actually granted by us shall be deemed to be owed to our customer. In this case, the seller shall be responsible for providing evidence to the contrary.

3. Our claims from supplier recourse shall also apply if the defective goods have been further processed by us or another entrepreneur, e.g. by installation in another product.

§ 11 Manufacturer's liability

1. If the seller is responsible for product damage, he must indemnify us against third-party claims to the extent that the cause lies within his sphere of control and organisation and he himself is liable in relation to third parties.
2. Within the scope of his obligation to indemnify, the seller must reimburse expenses in accordance with §§ 683, 670 BGB which arise from or in connection with a claim by third parties, including recall actions carried out by us. We shall inform the Seller of the content and scope of recall measures - as far as possible and reasonable - and give him the opportunity to comment. Further legal claims remain unaffected.

§ 12 Defective delivery

1. The statutory provisions shall apply to our rights in the event of material defects and defects of title of the goods (including incorrect and short delivery as well as improper assembly, defective assembly, operating or operating instructions) and in the event of other breaches of duty by the seller, unless otherwise stipulated below.
2. In accordance with the statutory provisions, the seller shall be liable in particular for ensuring that the goods have the agreed quality when the risk passes to us. In any case, those product descriptions which - in particular by designation or reference in our order - are the subject of the respective contract or have been included in the contract in the same way as these terms and conditions shall be deemed to be an agreement on the quality. It makes no difference whether the product description originates from us, the seller or the manufacturer.
3. Notwithstanding § 442 para. 1 sentence 2 BGB, we shall also be entitled to claims for defects without restriction if the defect remained unknown to us at the time of conclusion of the contract as a result of gross negligence.
4. The statutory provisions (§§ 377, 381 HGB) shall apply to the commercial obligation to inspect and give notice of defects with the following proviso: Our obligation to inspect shall be limited to defects which become apparent during our incoming goods inspection under external examination including the delivery documents (e.g. transport damage, incorrect and short delivery) or which are recognizable during our quality control in the random sampling procedure. If acceptance has been agreed, there is no obligation to inspect.

Otherwise, it depends on the extent to which an inspection is feasible in the ordinary course of business, considering the circumstances of the individual case. Our obligation to give notice of defects discovered later remains unaffected. Notwithstanding our duty to inspect, our complaint (notification of defects) shall in any case be deemed to be immediate and timely if it is sent within 7 working days of discovery or, in the case of obvious defects, of delivery.

5. Subsequent fulfilment shall also include the removal of the defective goods and reinstallation, provided that the goods have been installed in another item or attached to another item in accordance with their nature and intended use; our statutory claim to reimbursement of corresponding expenses shall remain unaffected. The Seller shall bear the expenses necessary for the purpose of inspection and subsequent fulfilment even if it turns out that there was in fact no defect. Our liability for damages in the event of an unjustified request to remedy defects shall remain unaffected; in this respect, however, we shall only be liable if we recognized or were grossly negligent in not recognizing that there was no defect.
6. Notwithstanding our statutory rights and the provisions in para. 5, the following shall apply: If the Seller does not fulfil its obligation to provide subsequent performance - at our discretion by remedying the defect (rectification) or by delivering a defect-free item (replacement delivery) - within a reasonable period set by us, we may remedy the defect ourselves and demand compensation from the Seller for the expenses required for this or a corresponding advance payment. If subsequent fulfilment by the Seller has failed or is unreasonable for us (e.g. due to urgency, endangerment of operational safety or imminent occurrence of disproportionate damage), no deadline need be set; we shall inform the Seller of such circumstances immediately, if possible, in advance.
7. Otherwise, in the event of a material defect or defect of title, we shall be entitled to reduce the purchase price or to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions. In addition, we shall be entitled to compensation for damages and expenses in accordance with the statutory provisions.

§ 13 Other claims for damages

1. Claims for damages by the customer, irrespective of the legal grounds, due to breach of duties arising from the contractual obligation and from unauthorized action, are excluded. This shall not apply in cases of statutory liability, e.g. under the Product Liability Act, or in cases of willful intent, gross negligence, personal injury, the assumption of a guarantee for the existence of a warranted characteristic or the breach of material contractual obligations.
2. However, compensation for the breach of essential contractual obligations is limited to the foreseeable damage typical for the contract, unless there is intent or gross negligence or liability for bodily injury or due to the assumption of a guarantee for the existence of a warranted characteristic.

§ 14 Statute of limitations

1. The reciprocal claims of the contracting parties shall become statute-barred in accordance with the statutory provisions, unless otherwise stipulated below.
2. The limitation period shall be governed by the statutory provisions. If acceptance has been agreed, the limitation period shall commence upon acceptance. The limitation period shall also apply accordingly to claims arising from defects of title, whereby the statutory limitation period for third-party claims in rem for restitution (Section 438 (1) No. 1 BGB) shall remain unaffected; claims arising from defects of title shall in no case become time-barred as long as the third party can still assert the right against us - in the absence of a limitation period.
3. The limitation periods of the law on sales, including the above extension, shall apply - to the extent permitted by law - to all contractual claims for defects. Insofar as we are also entitled to non-contractual claims for damages due to a defect, the regular statutory limitation period (§§ 195, 199 BGB) shall apply, unless the application of the limitation periods of the law on sales leads to a longer limitation period in individual cases.

§ 15 Place of fulfilment and place of jurisdiction

The place of fulfilment and place of jurisdiction for all mutual obligations arising from the contractual relationship is the registered office of "ShapeFab GmbH".

§ 16 Choice of law

This contract is subject exclusively to German law.

§ 17 Other provisions

Any invalidity of one or more provisions shall not affect the validity of the remaining provisions. Any agreement deviating from these terms and conditions must be made in writing to be valid.